
Berliner Debatte Initial

2

25. Jg. 2014

Krieg ohne Heimatfront?

Tietz

Auschwitz und
die Moderne

Venesson

Krieg ohne die Bevölkerung

Daxner

Abzug aus
Afghanistan

Sangar

Technokraten der Gewalt?

Benedikter

„Fuck the EU“

Autoren

Frank Adler, Dr. sc.,
Soziologe, Chorin

Roland Benedikter, Dr. Dr. Dr.,
Politikwissenschaftler, Research Scholar am Orfalea Center for Global and International Studies der University of California at Santa Barbara, Vollmitglied des Club of Rome

Michael Daxner, Prof. Dr.,
Soziologe, Projektleiter am Sonderforschungsbereich „Regieren in Räumen begrenzter Staatlichkeit“, Freie Universität Berlin

Mathias Delori, Dr.,
Politikwissenschaftler, Conseil National de la Recherche Scientifique (CNRS), Sciences Po, Bordeaux

Paul Dixon, Dr.,
Politikwissenschaftler, Reader in Politics and International Studies, Kingston University

Wladislaw Hedeler, Dr.,
Historiker und Publizist, Berlin

Christoph Horst, Dipl.-Sozialarbeiter,
Sozialarbeiter in der Jugendberufshilfe,
Bad Lippspringe

Alexander Reichwein, Dipl.-Pol.,
Politikwissenschaftler, Goethe-Universität Frankfurt a. M. und Philipps-Universität Marburg

Eric Sangar, Dr.,
Politikwissenschaftler, Universität Stuttgart

Udo Tietz, PD Dr.,
Philosoph, Universität Stuttgart und Humboldt-Universität zu Berlin

Pascal Vennesson, Prof. Dr.,
Politikwissenschaftler, S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS), Nanyang Technological University, Singapur

Camilla Warnke, Dr. sc. phil.,
Philosophin, Berlin

Krieg ohne Heimatfront?

Zusammengestellt von Eric Sangar

| | | | |
|--|----|---|-----|
| Editorial | 2 | *** | |
| KRIEG OHNE HEIMATFRONT? DIE PRÄSENZ DES KRIEGES IN WESTLICHEN GESELLSCHAFTEN | | <i>Roland Benedikter</i> „Fuck the EU“. Die USA und die Ostpolitik der EU | 104 |
| <i>Udo Tietz</i> Auschwitz und die Moderne. Über die geschichtsphilosophische Bedeutung von Katastrophen | 6 | <i>Frank Adler</i> Postwachstumsvisionen. Zu einer neuen Tendenz in der wachstumskritischen Debatte | 118 |
| <i>Pascal Vennesson</i> Krieg ohne die Bevölkerung | 24 | BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN | |
| <i>Michael Daxner</i> Abzug aus Afghanistan – Vorschau auf ein neues Narrativ | 39 | <i>Camilla Warnke</i> „An der ideologischen Front“. Zur Edition von Wolfgang Harichs Schriften aus dem Nachlass | 133 |
| <i>Paul Dixon</i> Die Militarisierung der britischen Demokratie | 54 | <i>Wladislaw Hedeler</i> Die späte Rückkehr der Exilanten aus der UdSSR | 147 |
| <i>Eric Sangar</i> Strategisches Denken in Deutschland nach Afghanistan. Die Renaissance der Technokraten der Gewalt? | 71 | Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog Rezensiert von <i>Alexander Reichwein</i> | 157 |
| <i>Mathias Delori</i> Was ist aus den „Rittern der Lüfte“ geworden? Asymmetrische Kriege und das Ethos des Militärs | 90 | Ulf Faller: Der Kruzifixstreit oder Warum Schule säkular sein muss Rezensiert von <i>Christoph Horst</i> | 163 |

Editorial

„Der Krieg findet nicht statt“ – Baudrillards Diktum zum Ersten Irakkrieg im Jahr 1991 scheint eine durchaus zutreffende Charakterisierung westlicher Kriege nach dem Kalten Krieg zu sein. Militärische Konfrontationen, so scheint es, haben sich in den zwei Jahrzehnten nach Ende des Kalten Krieges zunehmend von der Oder-Neiße-Grenze an den Hindukusch verlagert. Doch es ist nicht nur die geographische Distanz, durch die der Krieg in den westlichen Gesellschaften immer mehr aus dem öffentlichen Bewusstsein rückt. Vielmehr tragen zunehmend diffuse Feindbilder, die Transformation der medialen Kriegsbilder vom blutigen Heldenepos hin zu einer sterilen Technologiedemonstration, oder auch die verschwindend geringe Zahl von „eigenen“ Gefallenen zur Wahrnehmung bei, dass heutige Kriege vor allem die „Anderen“, bisweilen „Andersartigen“ betreffen. So beteiligte sich Deutschland zwischen 2003 und 2014 an einem Krieg, der mehr als doppelt so lange dauerte wie der Zweite Weltkrieg – und trotzdem schien die Gesellschaft diesen Krieg erst dann als solchen wahrzunehmen, als mehr als 100 Zivilisten infolge des Befehls eines deutschen Offiziers bei einem Luftangriff starben.

Dass westliche Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges gehäuft militärische Gewalt anwenden – unter den Label der Friedensmission, der Stabilisierungseinsätze, der humanitären Intervention oder des Präventivkriegs – scheint ihre *heimischen* Gesellschaften nur wenig zu beeinflussen. Selbst in der Bundesrepublik Deutschland, deren Armee von Politik und Gesellschaft noch während des Kalten Krieges allein auf die Maxime „Kämpfen können, um

nicht kämpfen zu müssen“ verpflichtet wurde, provozierte die graduelle Hinwendung zu einer militärisch-interventionistischen Sicherheitspolitik nur punktuell gesellschaftlichen Widerstand. Dieser erreichte im Vorfeld der NATO-Luftkampagne gegen Jugoslawien ihren Höhepunkt, als der damalige Außenminister Fischer Opfer eines Farbbeutelwurfs während seiner Rede auf dem Parteitag der Grünen wurde. Seitdem ist in dem Land, das seine Nachkriegsidentität auf die Ablehnung des Krieges als legitimes Mittel der Politik gründete, die pazifistische Skepsis gegenüber dem militärischen Instrument in ein „freundliches Desinteresse“ übergegangen, wie es der damalige Bundespräsident Köhler 2005 formulierte. Die Verwicklung in militärische Konflikte der Gegenwart, so scheint es, produziert in westlichen Gesellschaften geringeren öffentlichen Widerhall als die Kürzung von Sozialleistungen, die Liberalisierung des Eherechts oder die Hochzeit eines zukünftigen Monarchen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint – zumindest für die westlichen Staaten – der Moment gekommen zu sein, in dem der Krieg seine konstitutive und regulative Funktion für die Entwicklung von Staaten und Gesellschaften endgültig verloren hat.

Der Themenschwerpunkt dieses Heftes wirft die Frage auf, inwiefern diese Diagnose tatsächlich berechtigt ist. Wie lassen sich die Auswirkungen heutiger Kriege auf die westlichen Gesellschaften analysieren? Sind diese tatsächlich so gar nicht vergleichbar mit früheren Epochen? Und welche Rückkopplungseffekte lassen sich im Hinblick auf kulturelle und institutionelle Normen europäi-

scher Gesellschaften feststellen? Die folgenden Beiträge verdeutlichen die vielfältigen, oftmals der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogenen Weisen, in denen die heutige Kriegführung wechselseitig von den Normen, Erfahrungen und Verhältnissen westlicher Gesellschaften bedingt ist und diese im Gegenzug neu beeinflusst. Ihre unterschiedlichen theoretischen und empirischen Perspektiven regen dazu an, die Präsenz des Krieges in unseren Gesellschaften stärker unter der Prämisse zu untersuchen, dass Krieg auch in der politischen Praxis wieder ein akzeptiertes Mittel der Fortführung der Politik geworden ist. Die Texte bündeln Forschungsergebnisse, die teils einen theoretischen, teils einen empirischen Schwerpunkt haben. Sie entstammen verschiedenen nationalen und disziplinären Forschungstraditionen und beruhen zumeist auf qualitativ-hermeneutischen Analysemethoden, die notwendigerweise durch das Vorwissen und die impliziten Annahmen der beteiligten Autoren beeinflusst sind. Diese Diversität ist gewollt, denn sie bietet eine Chance auf die Eröffnung von Debatten und die Entstehung neuer Argumente, die gerade in diesem Moment der Beendigung des längsten und kostspieligsten Interventionseinsatzes der NATO vonnöten sind. Wir wissen einiges – wenn auch längst nicht genug – von den Effekten heutiger Interventionen in den Gesellschaften, in denen sie stattfinden; doch wir wissen viel zu wenig von den Auswirkungen auf die Gesellschaften, die diese Interventionen führen. Obwohl die hier versammelten Beiträge unterschiedliche Fragestellungen und Herangehensweisen verfolgen, so ist ihnen doch eines gemeinsam: Sie präsentieren Argumente und Ergebnisse, die sich teilweise stark von *common assumptions* unterscheiden, die in der öffentlichen wie in der akademischen Debatte vorherrschen. Auch dadurch soll diese Ausgabe dazu beitragen, eine Diskussion anzuregen und neue Argumente und Analyseperspektiven zu den Zusammenhängen zwischen Kriegführung, Politik und Gesellschaft anzuregen.

Der Eröffnungsbeitrag dieser Ausgabe stammt aus der Feder von *Udo Tietz*. Seine Argumentation bezieht sich nicht auf die Auswirkungen heutiger Kriege, sondern richtet sich auf die Frage, inwiefern das heu-

tige normative Selbstverständnis westlicher Gesellschaften als „moderne Gesellschaften“ – und damit als Verkörperung eines universalgeschichtlichen Fortschritts – noch haltbar ist. Heutige Interventionsbefürworter berufen sich häufig darauf, einen „epochalen moralischen Fortschritt der Menschheit zu befördern“ (Herfried Münkler, „Humanitäre militärische Interventionen“, Wiesbaden 2009, S. 92): Speziell die Lehren aus der Erfahrung des Holocaust dienen beispielsweise im Vorfeld der Intervention im Kosovo dazu, den „Fortschritt“ der Geschichte dadurch zu befördern, dass eine „Wiederholung“ der Geschichte des Zweiten Weltkriegs verhindert werden sollte. Solche Begründungen setzen jedoch implizit zwei Bedingungen voraus: Erstens, dass das Vertrauen in den universellen Fortschritt der Geschichte auch nach dem Holocaust möglich ist; zweitens, dass westliche Gesellschaften zumindest über die intellektuell-normativen Grundlagen verfügen, die normativen Inhalte dieses Fortschritts zu identifizieren und auch mithilfe militärischer Gewalt zu exportieren. Die Argumentation von *Udo Tietz* widerlegt das Vorhandensein dieser beiden Bedingungen. Anhand einer Diskussion der Kernargumente Kants und Adornos zeigt er, dass angesichts der Katastrophe des Holocausts das Festhalten an der Dreieinigkeit von Vernunft, Moral und universellem Fortschritt entweder als Beweis für Dummheit oder für Ideologie gelten muss.

Die heutigen Kriege westlicher Staaten werden nicht nur anders legitimiert, sie werden auch institutionell anders geführt. Der Beitrag von *Pascal Vennesson* verlagert daher die theoretische Reflexion auf die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Krieg verändert, und zwar auf Basis der Theorie des bekanntesten Denkers des Krieges, *Carl von Clausewitz*. Ein häufig genanntes Argument zum Verhältnis der heutigen Gesellschaft zur Kriegführung basiert auf dem Konzept der „post-heroischen Gesellschaft“, wonach die gesellschaftliche Sensibilität für eigene Kriegsgefallene zu „excessive timidity in employing military means“ (*Edward N. Luttwak*, „Toward post-heroic warfare“, *Foreign Affairs* 74/1995) führe. Alternativ zu dieser Interpretation und der damit verbun-

denen impliziten Kritik an einer zunehmend opfersensitiven gesellschaftlichen Mentalität formuliert. Vennesson eine Analyse, die die strategietheoretischen Argumente Clausewitz' mit demokratietheoretischen Erkenntnissen kombiniert. Möglicherweise ist die von politischen und militärischen Eliten öffentlich oft beklagte „Kriegsferne“ der Bevölkerung ein Ergebnis gesellschaftspolitischer Prozesse, in denen eine direkte Beteiligung – und damit auch die aktive Zustimmung – der Bevölkerung gar nicht mehr benötigt oder erwünscht ist.

Michael Daxners Beitrag konzentriert sich auf die Entwicklung eines neuen Forschungsfeldes basierend auf dem Konzept des „Heimatsdiskurses“, welches insbesondere in der deutschen sozialwissenschaftlichen Analyse ein Novum darstellt. Dieser Ansatz durchbricht die Grenzen zwischen den etablierten Ansätzen der Friedensforschung, welche dem normativen Programm der Abschaffung von Krieg folgen, sowie der sicherheitspolitischen Analyse, welche insbesondere nach der institutionellen Effektivität von Interventionen fragt. Basierend auf der Prämisse, dass Kriegführung zunächst eine Realität auch der deutschen Politik geworden ist, führt Daxner den Begriff „Heimatsdiskurs“ als exploratives Konzept ein, welches ermöglicht, die vielfältigen Einflüsse des Kriegs auf die gesellschaftlichen Diskurse der Gegenwart aufzufinden und zu analysieren.

Im Unterschied zu Deutschland waren Auslandsoperationen für Großbritannien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine konstante Realität. Jedoch lehnte zu Beginn der 2000er Jahre auch in diesem Land eine breite Mehrheit der Öffentlichkeit die Kriegführung in Irak und Afghanistan ab. *Paul Dixon* zeigt in seinem Beitrag, wie politische und militärische Eliten auf den wahrgenommenen Mangel an Kriegsunterstützung der Bevölkerung reagierten. Anders als in Deutschland versuchten britische Eliten nicht, die Missionen möglichst unter dem Radar der medialen Aufmerksamkeit zu führen, sondern durch eine Militarisierungsinitiative die ungebrochene Popularität der Streitkräfte als gesellschaftlicher Institution in Unterstützung für deren Einsätze umzumünzen.

Heutige Kriege haben jedoch nicht nur tiefgreifende, vielschichtige Auswirkungen

auf die heimischen politisch-gesellschaftlichen Diskurse. Sie beeinflussen auch das innere Selbstverständnis der Institution, die den Krieg führt: die Streitkräfte. Die inhärente Komplexität heutiger Einsatzmissionen, die westliche Streitkräfte vor die Herausforderung stellt, nicht nur geographisch „inmitten der Bevölkerung Krieg zu führen“ (Rupert Smith, „The Utility of War“, London 2006), sondern dabei auch „hearts and minds“ dieser Bevölkerung zu gewinnen, wirft die Frage auf, inwieweit etablierte Rollenverständnisse des Militärs noch aufrechtzuerhalten sind. Weitere Identitätskonflikte entstehen durch die Entwicklung neuer Technologien der Kriegführung, durch die die Kriegereignisse immer schwerer nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Soldaten selbst beobachtbar sind. Insgesamt lässt sich einerseits feststellen, dass die Streitkräfte in heutigen Konflikten mehr denn je politische Funktionen haben, die über die reine Gewaltausübung hinausgehen; andererseits scheint durch die zunehmende Verschmelzung von militärischen Gegnern mit der lokalen Bevölkerung ihre direkte Bekämpfung nicht mehr möglich zu sein, was die militärische Organisationskultur, die zumeist auf die Führung von „symmetrischen“ Kriegen gegründet ist, vor große Herausforderungen stellt.

Eric Sangar zeichnet die damit verbundenen Probleme am Beispiel des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr nach. Das militärische Denken deutscher Streitkräfte ist traditionell von einer technokratischen Berufsauffassung geprägt, welche Kriegserfolg mit überlegenem Können auf dem Schlachtfeld gleichsetzt. Die Fortdauer dieser Tradition kann an den Schwierigkeiten der Bundeswehr illustriert werden, eine genuin strategische Debatte über die Bedingungen, Zielsetzungen und dafür notwendigen Mittel des Einsatzes in Afghanistan zu führen. Mit der Betonung taktischer Fähigkeiten verband sich nach 2009 auf der Ebene der institutionellen Identität auch eine Rückkehr zum so genannten Kerngeschäft des Kampfes, während die inhärent politische Natur heutiger Militäroperationen mehr und mehr vernachlässigt wurde.

Mathias Delori untersucht schließlich die Wahrnehmungen und Interpretationen heutiger Kriege auf der Ebene des individuellen

Soldaten. Basierend auf qualitativen Interviews mit französischen Jagdpiloten erörtert er die Auswirkungen des zunehmenden Gebrauchs von Präzisionswaffen und der damit verbundenen Distanz zum Tötungsakt. Jedoch kann die technologische Transformation der heutigen Kriegserfahrung das Fortleben des westlichen Kriegsvorstellung der „ritterlichen“ Reziprozität des Tötens nicht vollständig überdecken: Die Piloten wenden eine Reihe diskursiver Strategien an, um die Bedeutung der heutigen Asymmetrie der Mittel zu relativieren und die Idealvorstellung einer reziproken Gefährdung der Kämpfenden auch in der Gegenwart aufrechtzuerhalten.

So facettenreich die geschilderten Forschungsansätze und Ergebnisse sein mögen, sie lassen einen Schluss zu: Die Auswirkungen

von Kriegen müssen stärker untersucht werden, und zwar gerade die Auswirkungen, die die westlichen Gesellschaften und ihre Institutionen betreffen. Denn dass die westlichen Regierungen auf ihren – nach dem Ende des Kalten Kriegs wiedergewonnenen – Spielraum zur Nutzung des Krieges als Instrument der Politik verzichten werden, zeichnet sich trotz Finanzkrise und den Rückschlägen in Irak und Afghanistan nicht ab. Umso wichtiger ist es, dass Forschung und Gesellschaft in die Lage versetzt werden, zur Führung von Kriegen und ihren Konsequenzen Stellung zu nehmen. Schließlich wusste bereits Georges Clemenceau, dass Krieg ein zu wichtiges Geschäft sei, um es den Militärs zu überlassen.

Eric Sangar

Christopher Clark:

Die Schlafwandler

Wie Europa in den
Ersten Weltkrieg zog

Rezensiert von Alexander Reichwein

Nach der Lektüre von Christopher Clarks Werk „Die Schlafwandler“, in dem der Autor eine in vielerlei Hinsicht ganz neue Geschichte vom langen Weg in die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) erzählt, stellt sich dem Rezensenten eine schwierige Aufgabe: Wie soll man *dieses* Buch besprechen, d. h. wo wäre angesichts der Expertise des Autors überhaupt Kritik angebracht? Und wie soll man diese dichte Beschreibung eines Jahrhundertereignisses, die annähernd 900 Seiten umfasst, auf wenigen Seiten zusammenfassen? Daher beschränke ich mich auf einige markante Punkte und hoffe damit, Interesse an diesem umfangreichen und lesenswerten Buch zu wecken.

Chronologie eines Jahrhundertereignisses

Nach der Lektüre weiß man gar nicht, was mehr beeindruckt: Ist es die chronologische und bis auf das kleinste Detail getreue Rekonstruktion der Ereignisse zwischen 1887 (der Geburtsstunde des neueren europäischen Bündnissystems) und dem 28. Juli 1914 (der Kriegserklärung von Österreich-Ungarn an Serbien) unter Einbeziehung aller Protagonisten in Belgrad, Berlin, London, Paris, St. Petersburg und Wien? Clark liefert zudem einen tiefen Einblick in das Leben, die Politik sowie die dahinter stehende Psychologie und Erfahrungswelt von Wilhelm II., von Moltke, Franz Joseph I., Nikolaus II., Raymond Poincaré, Edward Grey oder Nikola Pasic und deren Hinter- und Mittelsmännern.

Oder fesselt die ebenso kenntnisreiche wie spannende Darstellung einer Verkettung von Ereignissen auf der internationalen Ebene (samt

der sich ständig verändernden Mächtekonstellationen) und in den Staaten (mit ihren fluiden Machtverhältnissen und undurchsichtigen Entscheidungsstrukturen im diplomatischen Dienst, im Militär und in der Politik) sowie deren komplexes Zusammenspiel? Clark arbeitet heraus, wie ein kaum mehr zu entflechtendes Wirrwarr aus bündnispolitisch motivierten Versprechungen und Treueschwüren, aus Drohungen und unvorhersehbaren Kurswechseln, aus vermeintlich richtigen historischen Lehren und entsprechenden Prognosen, aus Fehleinschätzungen, Missinterpretationen und zweideutigen Botschaften sowie aus heute undenkbaaren Kommunikationsproblemen in der Interaktion der zahlreichen Akteure vor und in der „Julikrise“ letztlich zu falschen, irrationalen und verhängnisvollen Entscheidungen führte und das bis dato relativ stabile Mächtegleichgewicht in Europa aus den Angeln hob. Genau das – die Integration systemischer, innenpolitischer und kognitiver Faktoren bei der Analyse der Außenpolitik von Staaten in *ein* Analyseraster unter besonderer Berücksichtigung des Handelns einzelner Personen – entspricht dem Ansatz des Neoklassischen Realismus in der Lehre der Internationalen Beziehungen (IB). Dieser Ansatz kann eine Varianz im staatlichen Verhalten, das nicht im Einklang steht mit der von Neo-Realisten angenommenen Politik „rationaler“ Staaten, die stets auf ein Mächtegleichgewicht abzielten und dazu die „richtigen“ Entscheidungen treffen würden, zu erklären beanspruchen. In Clarks Buch finden sich zahlreiche Ansatzpunkte für eine neoklassisch-realistische Analyse der Außenpolitiken zwischen 1887 und 1914.

Die Entkräftung der These von der alleinigen deutschen Kriegsschuld

Oder ist es Clarks These und die daran anschließende stringente Argumentation, die den Leser so zum Nachdenken anregt: dass *alle* beteiligten Staaten ihren Beitrag dazu leisteten, dass es trotz aller Friedensoptionen, die sich bis wenige Tage vor Kriegsausbruch aufgetan hätten, letztlich doch zum Krieg kam? Für Clark waren alle Staaten Bösewichte und alle Staaten hatten die „Tatwaffe“ in der Hand, weil sie alle

aggressiv, beutegierig, kolonialistisch, paranoid und schwach gewesen seien. Der Krieg war für ihn kein Verbrechen eines Staates, sondern eine Tragödie, für die alle Staaten verantwortlich waren (716). Zur historischen Beweisführung arbeitet sich Clark Kapitel für Kapitel an den nationalen Ausgangslagen, Motiven und Interessen sowie Entscheidungs- und Befehlsketten aller beteiligten Staaten ab. Deutschland, um hier nur ein Beispiel herauszugreifen, sei auf den Krieg weder militärisch vorbereitet gewesen (der Generalstab war größtenteils im Urlaub) noch habe es ein Interesse an einem solchen gehabt. Clark betont, dass kein einziges historisches Dokument Anlass gibt zu behaupten, die deutsche Staats- und Armeeführung habe eine massiven militärischen Schlag gegen irgendeinen Staat vorbereitet. Ganz im Gegenteil habe Berlin zu lange auf die britische Neutralität (selbst im Falle eines deutschen Einmarsches in Nord-Frankreich über das neutrale Belgien) und die Familienbande zwischen Wilhelm und seinem Cousin Nikolaus gebaut und auch das Balkan-Szenario nicht verstanden: Berlin habe den Konflikt zwischen Serbien und der Donaumonarchie als einen lokalen Konflikt missgedeutet, in den sich weder Frankreich noch Russland militärisch einmischen und einen größeren kontinentaleuropäischen Krieg riskieren würden.

Wenn Clark dann die britische, französische, russische, serbische und österreichisch-ungarische Position darstellt und diese in einer chronologischen Dramaturgie der Ereignisse immer wieder in Bezug zueinander setzt, wird dem Leser vor Augen geführt, wie sehr sich Deutschland *verschätzt* hatte. Es wird aber *auch* klar, dass Deutschland nichtsdestotrotz und nicht zuletzt wegen der immer wieder bestärkten Bündnistreue zu Wien (dem berühmten „Blankoscheck“) von seinen Nachbarn und Feinden als kriegsbereit und kriegswillig eingeschätzt und wahrgenommen wurde. Es wird ebenso deutlich, wie kriegsbereit alle anderen Staaten waren, die sich ebenfalls kaum mehr vertrauten und permanent die Bündnisloyalität der Partner einforderten. Und es setzt sich der Eindruck fest, dass alle Staaten die Zuspitzung der Balkankrise im Juli 1914 letztlich dazu nutzten, um lange gehegte militärische Pläne

und politische Ansprüche endlich in die Tat umsetzen zu können. Großbritannien, so Clark, sei es um das Mächtegleichgewicht in Europa gegangen, das es durch ein zu starkes Bündnis zwischen Berlin und Wien in der Folge eines siegreichen Krieges gegen Serbien gefährdet gesehen habe. Gleichzeitig habe London (zusammen mit Frankreich) ein eventuell siegreiches und mächtiger werdendes Russland in dessen Hegemonialbestrebungen auf dem Balkan und in Asien kontrollieren wollen. Daher sei London in der Entente Cordiale geblieben und habe Krieg gegen Deutschland geführt. Frankreich, so Clark, habe die doppelt sich bietende Chance gesehen, den alten Erzrivalen empfindlich zu schwächen und Serbien als verbündetes Bollwerk gegen ein zu starkes Russland zu etablieren. Und Russland sei es um die Stärkung der Entente und Serbiens gegen den Dreibund der Mittelmächte (inklusive Italien) gegangen.

Mit dieser neuen These der Verantwortung aller Staaten für den Krieg stellt der australische Historiker, der in Cambridge am St. Catharine's College Neuere Europäische Geschichte lehrt, die jahrzehntelang gültige These des deutschen Historikers Fritz Fischer von der deutschen Alleinschuld (die auch in den Versailler Verträgen in Artikel 231 festgeschrieben wurde und den Nachkriegsdiskurs unter Historikern und Politikern hierzulande geprägt hat) infrage. Allerdings redet Clark dabei weder die naive Kurzsichtigkeit einer deutschen Politik der uneingeschränkten Bündnistreue und damit verbundenen Garantie, Wien im Falle eines Konfliktes mit Serbien militärisch beizustehen, noch die zweifelsohne vorhandenen imperialistischen Bestrebungen des Kaisers oder die Paranoia der letztlich doch kriegsbereiten Militärs vor einer russisch-französischen Umzingelung, und auch nicht die verkrusteten monarchischen Strukturen und die vollkommen unzeitgemäße Bündnispolitik zweier längst im Niedergang befindlicher Herrscherhäuser klein (715-717). Worum also geht es Clark?

Probleme bei der Forschung zum Ersten Weltkrieg

Gleich zu Beginn seiner Einleitung (9-20) macht der Historiker klar, was im Lichte eines

„Weltkrieges der Dokumente“ (10) eine Untersuchung der Ursprünge des Ersten Weltkrieges so schwer macht: Zum einen das Überangebot an Quellen. Diese seien zudem oft politisch-tendenziös und nicht wissenschaftlich, weil die Autoren versuchten, die „Kriegsschuld“ eines Staates zu widerlegen und diese den anderen Staaten in die Schuhe zu schieben und dabei wesentliche heikle Fakten „übersehen“ oder schlicht auslassen würden. Dies sei einer objektiven Analyse ebenso wenig dienlich wie der Umstand, dass in den meisten Memoiren der gegen jede Form der kritischen Selbstreflexion immunen Beteiligten augenscheinlich erhebliche Gedächtnislücken klafften. Hinzu komme schließlich, dass die Kommunikation der Hauptakteure oftmals nicht schriftlich überliefert ist. Die bosnisch-serbischen Geheimbünde „Mlada Bosna“ und „Schwarze Hand“, die für das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo verantwortlich gemacht werden, hinterließen so gut wie keine schriftlichen Spuren, da sie Dokumente regelmäßig verbrannten. Dies fordere laut Clark ebenso zur historischen Rekonstruktion auf, wie es zu abenteuerlichen und verschwörerischen Interpretationen einlade.

Folglich gebe es keine „falschen“ Erzählungen des Weges in den Krieg. So gut wie jede Sichtweise lasse sich durch die selektive Auswahl verfügbarer Quellen „belegen“. Dementsprechend unterteilt Clark die Literatur über die Ursprünge des Ersten Weltkrieges in drei Kategorien: Die meisten Darstellungen suchten und lieferten den Hauptverantwortlichen und „Schuldigen“ – in der Regel sei dies Deutschland mit seinen vermeintlich imperialistischen Bestrebungen. Andere Darstellungen verteilten die Schuld auf mehreren Schultern. Und wenige Darstellungen machten die Strukturen des internationalen Systems in Form eines Kampfes der Staaten um Rohstoffe und neue Absatzmärkte für den Krieg verantwortlich. Gemein sei allen Darstellungen, dass sie die Schuldfrage ins Zentrum rückten – und dabei riskierten, der falschen Partei die Schuld zu geben und so Vorurteile zu schüren beziehungsweise zu verstärken (715, 716).

Anschließend weist Clark noch auf die

Relevanz und Aktualität der Forschung zum Ersten Weltkrieg hin. Damit möchte er wohl jenen kritischen Stimmen zuvorkommen, die stets fragen, warum man sich heute im Lichte aktueller Fragen und Problemstellungen wie der Finanzkrise in Europa noch mit Ereignissen, die 100 Jahre zurückliegen, beschäftigen sollte. Clark arbeitet in diesem Zusammenhang Parallelen zwischen dem Attentat von Sarajevo und den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 heraus. Dabei verweist er auf die Rolle, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg agierende, ideologisch motivierte Terrororganisationen und symbolträchtige Ereignisse für den Gang der Geschichte spielen – und welche kriegsrische Folgen diese nach sich ziehen können.

Forschungslücke: Serbien und Balkan

Schließlich begründet Clark *seine* Forschung zu den Ursprüngen des Ersten Weltkrieges, in dem er auf eine Forschungslücke verweist. Die aktuelle Diskussion über die Ursprünge des Ersten Weltkrieges weise einige blinde Flecken in der Historiographie auf: Das marginalisierte Serbien und seinen Nationalismus, die Gegebenheiten auf der Balkanhalbinsel um die Jahrhundertwende und die Einbettung des Balkans in einen gesamteuropäischen Kontext und Konflikt, der eben nicht lokal begrenzt blieb, sondern sich zu einem gesamteuropäischen Flächenbrand ausweiten sollte.

Clark sieht das Attentat von Sarajevo entgegen gängiger Darstellungen *nicht* als einen reinen Vorwand für spätere Kriegsentscheidungen, sondern als das entscheidende am Ende einer Kette von Ereignissen, die bereits mit den Balkankriegen 1912/13 und deren Auswirkungen auf die Beziehungen der europäischen Staaten begonnen habe. Eine Konsequenz, so Clark, sei die „Balkanisierung des französisch-russischen Bündnisses“ gewesen, da beide ganz bewusst eine „geopolitische Zündschnur entlang der österreichisch-serbischen Grenze gelegt“ hätten. Diese habe sich gegen Deutschland gerichtet und später so fatal ausgewirkt, weil der eigentlich regional begrenzte Balkankonflikt nach dem Ausbruch

der „Julikrise“ allen europäischen Mächten als konzeptioneller und politischer Interpretationsrahmen für ihre machtpolitischen Gebaren, Interessen und Expansionspläne gedient habe (713, 714).

Anti-serbische Darstellung?

Wenn Clark dann den Bedeutungswandel des „guten“ und emanzipatorischen (im Sinne einer nationalen Befreiungsbewegung gegen Kolonialismus und Fremdherrschaft) zum „schlechten“ und kriegerischen serbischen Nationalismus der jüngeren Vergangenheit erwähnt, und in diesem Zusammenhang auch noch Srebrenica und den Kosovo-Krieg nennt, beschleicht den Leser das Gefühl, das Buch *könnte* anti-serbische Klischees zumindest ungewollt bedienen. Das umso mehr, als Clark im Lichte seiner präsentierten Ergebnisse von serbischen Kriegsverbrechen in den Balkankriegen, serbischen Großmachtplänen und der Weigerung Belgrads, das Attentat von Sarajevo lückenlos aufzuklären (was einen erheblichen Teil zum Kriegsausbruch beigetragen hatte), das Ende eines seines Erachtens verklärenden Narratives der „serbischen Opferrolle westlicher Großmachtpolitik“ zumindest indirekt einfordert, wenn er schreibt, es falle heute schwer, an diesem Narrativ festzuhalten. Clark betont jedoch, es gehe ihm nicht darum, Serbien und seine Menschen zu dämonisieren – und nachdem man das Buch gelesen hat glaubt man ihm dies auch (15, 16).

Clarks Anspruch: Die „Juli-Krise“ verstehen

Worum es Clark im Kern geht, ist, die „Julikrise“ als ein „modernes und das komplexeste Ereignis bislang aller Zeiten“ (17) zu *verstehen*. Er befasst sich weniger mit der Frage, *warum* der Krieg ausbrach (denn wenn man die Frage nach dem Warum stelle, so Clark, werde die Frage nach Schuld und Verantwortung zum Brennpunkt), als damit, *wie* es dazu kam: „Die Frage nach dem Wie fordert uns auf, die Abfolge der Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ereignisse bewirkten“ (17). Den Ersten Weltkrieg versteht Clark also *nicht* als ein kausales und nicht zu verhinderndes

Ereignis. Vielmehr zeigt der Historiker, dass den zahlreichen Entscheidungsträgern aus Militär, Bürokratie, Politik und Wirtschaft in den Staaten bis unmittelbar vor Ausbruch der Krise auch andere Optionen einer friedlichen oder zumindest lokalen kriegerischen (nämlich auf den Balkan begrenzten) Lösung zu Verfügung standen. Die Akteure hätten sich aber bewusst und zielgerichtet immer weiter auf die Gefahr hin zubewegt, bis es aufgrund zahlreicher Fehlinformationen und Fehleinschätzungen, Bündnisverpflichtungen und historisch-politischen Pfadabhängigkeiten sowie eines sich mehr und mehr durchsetzenden Patriotismus und Nationalismus, die in Kriegsstimmung und Generalmobilmachungen resultierten, keinen Ausweg und folglich auch kein Zurück mehr gab.

Der Aufbau des Buches: eine „Reise durch die Ereignisse“

Clark spricht in der Einleitung folglich von einer „Reise durch die Ereignisse, die nicht von der Notwendigkeit getrieben wird, eine Anklageschrift gegen diesen oder jenen Staat oder diese oder jene Person zu schreiben, sondern die sich zum Ziel setzt, die Entscheidungen zu erkennen, die den Krieg herbeiführten, und die Gründe und Emotionen zu verstehen, die dahintersteckten“ (18). Er erzählt uns also, *wie* der Krieg nach Europa kam. Die Antworten nach dem Warum sollen aus den Antworten nach dem Wie erwachsen, nicht umgekehrt. Diesen Anspruch löst der Autor ein. Dazu geht er in drei Schritten vor.

Der Weg nach Sarajevo:

Die Protagonisten eines regionalen Konfliktes

Im ersten Teil stellt Clark in zwei Kapiteln die seines Erachtens *eigentlichen* beiden Protagonisten und Antagonisten des Konfliktes vor, deren politische Ausgangslagen sowie den historischen Kontext, in den der bilaterale Konflikt eingebettet war: das Königreich Serbien und den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Dieser Konflikt um die regionale Vorherrschaft auf dem Balkan und das Erbe

des auseinandergefallenen Osmanischen Reiches, so hat es beim Lesen den Anschein, war unvermeidlich.

Die Serben, so argumentiert Clark, hätten sich als unterdrücktes Opfer der räuberischen und übermächtigen Donaumonarchie verstanden. Sie hätten auf ihre Souveränität gepocht und daher das „Ultimatum“ Wiens zur Aufklärung des Mordes an Franz Ferdinand, verbunden mit Interventionsandrohungen, gar nicht annehmen können. Belgrad hätte aber auch Einigungsbestrebungen und Träume eines Groß-Serbiens verfolgt und dazu einen serbischen Irredentismus in den angrenzenden Gebieten der Donaumonarchie, und insbesondere in Bosnien, unterstützt. Dies sei der Nährboden für Terroristen und den Mordanschlag der bosnisch-serbischen Separatisten gewesen, die sich zum Ziel gesetzt hatten, Bosnien ins serbische Königreich einzugliedern. Belgrad, das belegten laut Clark neueste Dokumente, habe die secessionistischen Gruppen weder kontrollieren können noch kontrollieren oder eindämmen wollen, sondern im Gegenteil maßgeblich unterstützt und sich einer Aufklärung des Mordes verweigert, weil dann die engen Verbindungen der Terrorgruppen und der Staatsführung um Ministerpräsident Pasic bekannt geworden wären.

Der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn, so Clark, habe die von Belgrad unterstützten Sezessionsbewegungen in Bosnien kaum mehr unter Kontrolle gehabt und in Serbien eine Bande von Banditen und Königsmördern gesehen. Die Eliten hätten sich aber auch eingestehen müssen, dass viele Staaten das Bild vom historisch notwendigen Niedergang des Habsburger Reiches teilten. Und der Kaiser, so argumentiert Clark weiter, habe seine und die Macht seines Reiches zunehmend schwinden sehen und um seine Sicherheit gefürchtet. Wien sei gar nichts anderes übrig geblieben, als Stärke zu demonstrieren und nach dem Ultimatum Serbien den Krieg zu erklären, um nicht noch mehr an regionaler Macht und Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die Kausalkette an Kriegserklärungen und Einmischungen aller anderen Großmächte auf seiner und auf Seiten Serbiens, die Wiens Politik und Deutschlands Unterstützung dieser Politik zwischen dem 28.

Juli und dem 3. August 1914 nach sich zog, hatte wohl niemand auf der Rechnung.

*Der Kontinent spaltet sich:
Bündnisse, Balkanisierung und
die vertane Chance auf Frieden*

Im zweiten Teil geht Clark einige Jahrzehnte zurück, hin zur Ausgangskonstellation des Krieges. In vier Kapiteln diskutiert er folgende vier Fragen: Wie kam es zu einer solchen Spaltung Europas in die beiden Bündnisblöcke der Entente Cordiale und des Dreibundes? Welche „nationalen Interessen“ verfolgte jeder einzelne Staat; in welchen historischen Kontexten dachten und handelten die jeweiligen Entscheidungsträger; welche politischen Verpflichtungen, aus denen es kein Entrinnen mehr gab, ohne dass es zu weitreichenden politischen, ökonomischen und moralischen Folgeschäden sowie Ansehens- und Vertrauensverlust gekommen wäre, waren sie eingegangen; welche Notwendigkeiten glaubten sie zu erkennen und wie sahen dementsprechend die Außenpolitiken der späteren Kriegsparteien zwischen 1887 und 1914 aus? Wie kam es zu einer *Balkanisierung* (also dem Übergreifen eines lokalen Konflikts auf die entfernten europäischen Machtzentren) der zwischenstaatlichen Beziehungen – und damit zum gesamteuropäischen Flächenbrand; inwiefern haben die Protagonisten den Balkankonflikt *bewusst* zu einem europäischen Konflikt *gemacht*? Und wie kam es dazu, dass der bereits eingeschlagene Entspannungskurs der Staaten auf der gesamteuropäischen Ebene zunichte gemacht wurde? Für den Entspannungskurs bis weit in den Sommer 1914 hinein bringt Clark zahlreiche Beispiele: neben den deutsch-englischen Handelsabkommen und dem kulturellen Austausch in den europäischen Metropolen erinnert er auch an die serbisch-österreichischen Verhandlungen über eine Bahnlinie durch den Balkan und die Beteiligung von Gesellschaften beider Staaten.

*Die „Juli-Krise“: Ende der Diplomatie,
Zufälle und Generalmobilmachung*

Der dritte Teil beginnt mit dem Attentat der „Mlada Bosna“ auf Franz Ferdinand in

Sarajevo und schildert danach die „Julikrise“. Dabei werden die Interaktionen zwischen den zentralen Entscheidungsträgern sowie deren Missverständnisse, Fehleinschätzungen und Kommunikationsprobleme, welche die Krise immer weiter bis zum *point of no return* voranschreiten ließen, im Detail dargestellt. Die eigentliche These Clarks lautet nicht, Serbien, Österreich-Ungarn oder Russland seien Schuld gewesen am Krieg. Sie lautet auch nicht, Frieden sei wahrscheinlicher als Krieg gewesen. Die These lautet schlicht, dass man die Ereignisse vom Juli 1914 *nur dann* verstehen kann, wenn man die *Wege*, welche die Protagonisten beschritten (Kurswechsel wie den Großbritanniens von der Neutralität zur Intervention inbegriffen), darlegt, sich in die Lage der Entscheidungsträger hineinversetzt und deren Perspektive einnimmt: Wie empfanden Briten, Deutsche, Franzosen, Österreicher, Russen und Serben die Ereignisse vor und im Juli 1914? In welchen Sachzwängen steckten sie und welche Verpflichtungen waren sie eingegangen, aus denen sie nicht mehr herauskamen? Welche Ängste und Vorahnungen, welche Moral und Überzeugungen „richtig“ zu handeln, welche Komplexe und Machtkalküle trieben sie an? Welche Bedeutung haben historische Präzedenzfälle und die Krisen vor 1914 (hier stellt Clark die Marokko-Krise 1904, den russisch-japanischen Krieg 1905 und die Balkankriege 1912/13 vor)? Welche Handlungsoptionen standen den Akteuren zur Verfügung? Diese Fragen diskutiert Clark in Gänze und vermittelt eindringlich die jeweiligen Perspektiven. Um diese einnehmen und das Handeln der Akteure auch verstehen und nachvollziehen zu können, rekonstruiert Clark die historischen Kontexte, die nationalen Ausgangslagen und die Entwicklungen im Krisensommer 1914 in einer dichten Abfolge der Ereignisse, die eine so komplexe Gemengelage so einfach und so anschaulich wie möglich und angemessen darstellt.

Anstelle einer Zusammenfassung:
eine Einladung zum Lesen

Clark führt uns in aller Deutlichkeit vor Augen, dass dieser Krieg entgegen gängiger Darstel-

lungen *nicht* unvermeidlich war, sondern bis in das Jahr 1914 hinein als sehr unwahrscheinlich galt; dass er gar hätte verhindert werden können und letztlich das Produkt von fatalen Fehlentscheidungen und Zufällen war – und letztlich dem Umstand geschuldet, dass ihn alle Staaten (und hier insbesondere der deutsche Generalstab unter Moltke, der aufgrund des alten Traumas der deutschen „Mittellage“ ganz besonders unter Paranoia angesichts vermeintlicher Invasoren von allen Seiten gelitten habe) als „unvermeidlich“ akzeptierten.

Von einem Vorwurf aber spricht Clark die Entscheidungsträger nicht frei: So komplex und unüberschaubar die Krise aufgrund der vielen Mosaiksteine auf der internationalen und der nationalstaatlichen Ebene und so groß der politische und zeitliche Druck im jeweils eigenen Land, schnell und „richtig“ zu entscheiden und zu handeln, auch waren – die Akteure seien sich stets der Tatsache bewusst gewesen, dass sie mit dem Feuer spielten und dass ein Ausgang im Bereich des Möglichen lag, der katastrophale Folgen haben würde. Sie hätten allerdings gehofft, dass es nicht zur Katastrophe kommen würde, und sich lange, aber halbherzig in Diplomatie und Vertrauensbildung bis zum bitteren Ende versucht. Gleichzeitig hätten die schwer bewaffneten europäischen Machtzentren rücksichtslos ihre jeweils eigenen Interessen verfolgt. Diesen Spagat zwischen eigener Verständigung („weichem“ Nachgeben) und „harter“ Haltung und Eskalation hätten die in der jeweiligen Situation wachsam, aber für die Folgen ihres Tuns blinden Männer nicht länger vollführen können. In der trügerischen Hoffnung auf einen kurzen und siegreichen Krieg, im Vertrauen auf die eigene militärische Stärke und überzeugt von der eigenen moralischen Überlegenheit seien sie letztlich bereitwillig ein unkalkulierbares Risiko eingegangen – und hätten alle verloren.

Clark bringt am Ende die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Politiker von heute keine *Schlafwandler* sind, sondern wissen, wie man mit den vielen Krisen unserer Zeit umgeht. Von daher ist das Buch nicht nur ein *historisches* Lehrstück, sondern auch ein *normativer* Appell an verantwortliche Politiker, die aus der Vergangenheit lernen und die Gegenwart richtig

deuten sollen, um eine friedliche Zukunft zu gewährleisten – umso mehr, als ihnen heute Hilfsmittel und Institutionen zur Verfügung stehen, die es 1914 noch nicht gab.

Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. München: DVA 2014, 896 Seiten.

Ulf Faller:

Der Kruzifixstreit oder Warum Schule säkular sein muss

Hintergründe einer notwendigen Debatte

Rezensiert von Christoph Horst

An vielen Schulen aller Stufen in Deutschland ist es noch immer üblich, dass Schüler im Schatten christlicher Symbole unterrichtet werden. Trotz zunehmender Säkularisierung und zurückgehender Mitgliederzahlen der beiden größten christlichen Kirchen, hängen in Schulen Kreuze oder Kruzifixe (im Folgenden stehen Kreuze für beide Formen), die die christliche Macht über das Erziehungswesen demonstrieren sollen. Das Kreuz im Klassenzimmer ist seit den siebziger Jahren immer wieder einmal Thema öffentlicher Kontroversen. Den Diskussionsstand fasst nun Ulf Faller, selbst Lehrer an einem Gymnasium in Baden-Württemberg, zusammen. Dabei legt er seine schon im Titel deutlich anklingende laizistische Position einleitend offen, indem er formuliert, dass die „Grundwerte unserer Gesellschaft [...] sich allgemein verbindlich nur säkular begründen“ lassen (2).

Interessanterweise entstammt die neuere Diskussion um das schulische Kreuz einem innerchristlichen Streit aus den achtziger Jahren. Ein anthroposophisch orientierter Vater aus Bayern sah im Kreuz ein Symbol des Leidens und im Kruzifix die Darstellung eines geschundenen Menschenkörpers am Folterinstrument. Beides betrachtete er als schädlich für die psychische Entwicklung der Kinder. Der Widerstand gegen die geforderte Abnahme war so heftig, dass der Vater sogar Morddrohungen erhielt. Repressalien gegen Kritiker des Schulkreuzes sind ein verbreitetes Phänomen, das Faller auch in späteren Beispielen belegt, ohne dadurch skandalisierend zu schreiben. Der Bundesgerichtshof beendete 1995 diesen Streit mit der klaren Aussage: „Die Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in den Unter-

richtsräumen einer staatlichen Pflichtschule, die keine Bekenntnisschule ist, verstößt gegen Art. 4 Abs. 1 GG: „Wer sich an dem Kreuz in Schulen stört, kann ein Abhängen ohne Angabe von Gründen vom Schulleiter verlangen. Die Hürde ist dann das potentiell repressive Umfeld: „Nicht wenige Kreuz-Kritiker gesellen sich lieber zur schweigenden Mehrheit, als sich oder ihre Kinder einem öffentlichen Kesselreiben auszusetzen“ (14). Auch Lehrern steht der Weg offen, eine Abhängung zu fordern. Faller hat selbst mit Kollegen in Baden-Württemberg gegen die Widerspruchslösung protestiert und dies im Buch dokumentiert. Weltanschauliche Neutralität an Schulen kann nur gewährleistet werden, wenn von vornherein keine religiösen Symbole gezeigt oder Riten durchgeführt werden (Schulgebete, Schulgottesdienste etc.). Zu unterscheiden sind jedoch individuelle Bekenntnisrechte, die einem Schüler oder Lehrer garantieren, ein Kreuz am Hals oder ein Kopftuch tragen zu können, von dem Verflechten von Staat und Kirche, in dem die Schule als, teils subtiler, Vermittler christlicher Werte auftritt. Zumeist sind es katholische Kreise, die sich für die Beibehaltung der Zur-Schau-Stellung christlicher Dominanz stark machen; Protestanten pflegen einen liberaleren Umgang mit Symbolen. Aber auch die Mitglieder der evangelischen Kirche haben einen je nach Persönlichkeit mehr oder weniger ausgeprägten, von der Bibel vorgegebenen Missionsauftrag: Den Kirchen genügt es nicht, selbst an ihre Ideen zu glauben, sie müssen diese auch anderen nahebringen, um vorgeblich deren Seelenheil zu retten. Faller fordert zurecht: „Religiöse müssen akzeptieren, dass ihre Weltsicht für sie, nicht aber für andere bedeutungsvoll ist.“ (2) Selbstverständlich gibt es auch Christen, denen der Zwang in der Glaubensvermittlung suspekt ist. Faller zitiert den damaligen SPD-Politiker und praktizierenden Christen Hans-Jochen Vogel, der das Urteil des Bundesgerichtshofs 1995 gegen seine Kritiker verteidigte: „Ich stimme dem Beschluss [des BGH, C.H.] inhaltlich auch soweit zu, als er in dem staatlichen Zwang, die Anbringung und den Verbleib des Kreuzes im Schulraum dulden zu müssen, einen Eingriff in das Grundrecht der negativen Glaubensfreiheit derjenigen Schüler und Schülerinnen sieht,

die den christlichen Glauben nicht teilen und deren Eltern sich ausdrücklich auf das Recht ihrer Kinder berufen, in ihrem Glauben oder Nichtglauben, also in ihren Überzeugungen nicht beeinträchtigt zu werden.“ (12)

Bevor Faller an die allgemeine Problematik der Trennung von Staat und Kirche herangeht, wird die Situation in anderen europäischen Ländern vorgestellt und aufgezeigt, dass in Deutschland Staat und Kirche stärker verflochten sind als in vielen anderen Ländern. Italien ist traditionell sehr christlich geprägt. Von dort ging jedoch ein Kruzifixstreit aus, der letztlich erst vor dem Europäischen Gericht für Menschenrechte entschieden wurde. Das EGMR stellte 2009 in einem modernen laizistischen Urteil fest, dass Kruzifixe in Klassenräumen eine unzulässige religiöse Indoktrination darstellen und verwarf sein eigenes Urteil 2011 mit der nicht inhaltlichen, sondern formalen Begründung, Staaten müssten ihr Verhältnis zur Kirche selbstständig regeln. In Deutschland ist dies besonders schwer, da in Nordrhein-Westfalen und kleinen Teilen Niedersachsens noch öffentlich finanzierte Bekenntnisschulen existieren. Dies sind überwiegend Grundschulen, die der Staat zu 100% unterhält und die Kirche gemäß der eigenen Werteordnung agiert (Gottesdienste, verpflichtender Religionsunterricht, fächerübergreifende Missionierung, Öffnung der Schule für christliche Funktionäre etc.). In vielen Städten und Gemeinden NRWs gibt es zu diesen Bekenntnisschulen keine Alternative, d. h. keine weltanschaulich neutralen Schulen in Wohnortnähe. Benachteiligt werden dadurch nicht nur Konfessionsfreie, sondern auch Andersgläubige. Auch müssen die Lehrer an diesen Schulen der jeweiligen Konfession angehören. Hier liegt ein Verstoß gegen das AGG vor, der politisch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Kirchen gerechtfertigt wird. In der Konsequenz bleiben die Leitungsstellen an vielen Bekenntnisschulen unbesetzt, obwohl qualifiziertes, aber anders- oder nicht gläubiges Personal vorhanden ist.

Faller stellt die religiöse Demographie für Deutschland vor: 2011 waren 29,3% Menschen evangelisch, 29,2% katholisch, 37,2% konfessionsfrei – wobei es sich hier um eine sehr heterogene Gruppe handelt – und 2,3%

muslimisch. Unberücksichtigt ist dabei noch die große Austrittswelle in Folge der Diskussion um Tebartz-von-Elst, so dass der Anteil christlich Organisierter im Jahr 2014 noch niedriger liegen wird. Dies spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Schülerschaft, in der Konfessionslosigkeit seit spätestens den Neunzigern zur Normalität gehört. Für eine genauere Betrachtung bezieht Faller sich auf einen Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung vorgelegt hat. An dieser Stelle macht er sich leicht angreifbar, da die Bertelsmann-Stiftung sehr interessegeleitet im Sinne konservativer Politik arbeitet. Eine kurze Einordnung der Untersuchung wäre notwendig gewesen.

Nachdem Faller die Thematik des Schulkreuzes behandelt hat, schweift er ein wenig ab, indem er über den Arbeitskreis Laizisten in der SPD berichtet oder auch Religionskritik auf sehr allgemeiner Basis übt. Dies entfernt sich zuweilen von der Schulproblematik. Nur vordergründig etwas losgelöst vom eigentlichen Thema des Buches ist Fallers Darstellung des offiziellen Menschenbilds der CDU. Denn der Zusammenhang lässt sich leicht herstellen, wenn man bedenkt, dass es auch – in manchen Gegenden überwiegend – Politiker der Christdemokraten sind, die auf kommunaler Ebene und in den Landesparlamenten über Schulfragen zu entscheiden haben. Wo Faller die Werteentwicklung moderner Demokratien historisch behandelt und zeigt, dass die christliche Prägung der westlichen Kultur nicht so stark ist, wie von vielen Konservativen behauptet, sondern vielmehr auf griechisch-römische Wurzeln sowie die Aufklärung zurückgeht, bietet sich die Übertragung auf die Kreuz-Thematik ebenfalls wieder an, da die allgemeine Verbindlichkeit des Kreuzes selbst als möglicherweise schon profaniertes Symbol in Frage gestellt werden muss. Faller macht auch deutlich, dass die meisten neuzeitlichen Rechte gegen die Kirchen erkämpft werden mussten und es drängt sich die so nicht explizit gestellte Frage auf, ob das Kreuz nicht sogar ein Symbol der Unterdrückung demokratischer Strukturen und der Gewalt ist. So argumentierte

der bayerische Lehrer Konrad Riggermann, der 2002 das Abhängen der Kreuze in seinen Klassen vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof erstritt. Riggermanns Fall wird von Faller nicht erwähnt; inwiefern er ihm geläufig ist, lässt sich nicht erkennen, da das Werk kein Literaturverzeichnis enthält. Faller erklärt aber, dass er Beispiele präsentiert und keine Sammlung mit Anspruch auf Vollständigkeit vorlegen will.

Als Schlussfolgerung aus seiner Kritik präsentiert Faller auch einen positiven Vorschlag zum Umgang mit Symbolen in der Schule, indem er die Flagge der Vereinten Nationen als allgemein tragbares Symbol im öffentlichen Schulsystem vorschlägt. Außerdem zeigt er mit Ausführungen zum Schulfach PER – Philosophie, Ethik, Religionskunde – eine Alternative zum Religionsunterricht auf, der seinem Wesen nach nicht auf Erkenntnis, sondern Bekenntnis angelegt ist. PER hingegen ist weltoffen und wertebildend. Abschließend schlägt Faller als Basis, auf der sich „alle Menschen, gleich welcher Weltanschauung oder Religion, in einem übergeordneten Werterahmen auf Augenhöhe begegnen“ (187) können, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 vor.

Mit seinen Ausführungen prangert Faller einen Missstand im öffentlichen Schulwesen an, der für die vielfältige Verflechtung von Kirche und Staat symptomatisch ist. Dadurch, dass Faller scharfe Kritik am organisierten Christentum übt, aber nicht auf konkrete Christen zielt, also Ideologiekritik übt, statt Akteure persönlich anzugreifen, hat das Buch das Potenzial, eine notwendige breite Debatte über die Verletzung weltanschaulicher Freiheit an staatlichen Schulen anzustoßen.

Ulf Faller: Der Kruzifixstreit oder Warum Schule säkular sein muss. Hintergründe einer notwendigen Debatte. Marburg: Tectum-Verlag 2014, 196 Seiten.

Berliner Debatte Initial 25 (2014) 2

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial** e.V.,
Ehrenpräsident Peter Ruben.
Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm, Wladislaw Hedeler, Cathleen Kantner, Rainer Land, Udo Tietz, Andreas Willisch.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome, Wolf-Dietrich Junghanns, Raj Kollmorgen, Robert Stock, Dag Tanneberg, Matthias Weinhold, Jan Wielgoß. Redaktionelle Mitarbeit: Jonas Frister, Johanna Wischner.

Verantwortl. Redakteur: Thomas Müller. V.i.S.P. für dieses Heft: Eric Sangar und Thomas Müller

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
www.berlinerdebatte.de

Berliner Debatte Initial erscheint bei WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft 15 €,
Jahresabonnement 40 €, Institutionen 45 €,
Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €.
Für ermäßigte Abos bitte einen Nachweis (Kopie) beilegen. Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel;
Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und einzelne Artikel (als PDF) im Webshop:
www.berlinerdebatte.de
oder per E-Mail:
bestellung@berlinerdebatte.de
oder telefonisch: +49/331/977 45 75
(Büro WeltTrends)